

## Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 51. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 6. Juni 2013

**1. Abgeordnete**  
**Astrid Schmitt und**  
**Barbara Schleicher-**  
**Rothmund (SPD)**

### **Flugplatz Bitburg**

Medienberichten zufolge ist die Umwandlung des früheren US-Militärflugplatzes in einen internationalen Flughafen in Bitburg gescheitert.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung darüber, wie sich die Ablehnung des Bitburger Stadtrates hinsichtlich einer Fortführung des Flugbetriebs auf dem Flugplatz auswirkt?
2. Welche alternativen Entwicklungsmöglichkeiten sieht die Landesregierung für das Gelände?

**2. Abgeordnete**  
**Dr. Adolf Weiland und**  
**Gerd Schreiner (CDU)**

### **Verschiebung der Einbringung des Haushalts**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Hat die Landesregierung gegenüber den Regierungsfractionen den Wunsch geäußert, den Haushalt nicht in der Plenarsitzung des Landtags am 18. September 2013 einbringen zu müssen, und deshalb angeregt, zwei zusätzliche Plenartage in den Sitzungsplan des Landtags aufzunehmen?
2. Wenn ja, was waren die Gründe dafür?
3. Wenn nein, welche Haltung nimmt sie zu der Verschiebung ein?
4. Wäre die Landesregierung in der Lage gewesen, den Haushalt auch am 18. September 2013 in den Landtag einzubringen?

- 3. Abgeordnete**  
**Pia Schellhammer und**  
**Daniel Köbler**  
 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- Islamfeindliche Attacke auf den Arab-Nil-Rhein-Verein in Mainz**
- Unbekannte haben in der Nacht vom 17. auf den 18. Mai 2013 das Gebäude des Arab-Nil-Rhein-Vereins in Mainz, in dem sich ein Andachtsraum des Vereins und dessen konfessioneller Al-Nur-Kindergarten befindet, mit Plakaten beklebt, die ein verstümmeltes afghanisches Mädchen zeigen, sowie eine rote, blutähnliche Flüssigkeit ausgekippt. Außerdem wurde ein Flugblatt der rechtsextremen, islamfeindlichen Gruppierung hinterlassen. In den Tagen zuvor war der Verein in den Medien wegen eines Auftritts eines umstrittenen Predigers in der Moschee des Vereins heftig kritisiert worden.
- Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:
1. Welche Erkenntnisse gibt es zu den Hintergründen der Attacke auf den Arab-Nil-Rhein-Verein in Mainz?
  2. Wie ist das Lagebild zu Aktivitäten islamfeindlicher Organisationen in Rheinland-Pfalz?
  3. Welchen Sachstand gibt es zu den Vorwürfen gegenüber dem Arab-Nil-Rhein-Verein wegen der Einladung des umstrittenen saudischen Predigers Mohammed Al Arifi?
  4. Wie bewertet die Landesregierung die allgemeine Arbeit des Arab-Nil-Rhein-Vereins, insbesondere in Bezug auf den von ihm betriebenen Al-Nur-Kindergarten?
- 4. Abgeordnete**  
**Marcus Klein und**  
**Andreas Biebricher (CDU)**
- Nutzung des Dienstwagens des Ministeriums für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung durch den Staatssekretär**
- Wir fragen die Landesregierung:
1. Treffen Medienberichte zu, nach denen sich der Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung per Dienstwagen nach Italien bringen und sich später wieder abholen ließ?
  2. Wenn ja, was waren die Gründe?
  3. Wieso wurde als Alternative nicht die An- und Abreise mit der Bahn gewählt?
  4. Wie hoch sind die hierdurch entstandenen Kosten?
- 5. Abgeordnete**  
**Ingeborg Sahler-Fesel und**  
**Bettina Brück (SPD)**
- Betreuungsgeld**
- Die Bundesregierung plant, das Betreuungsgeld durch eine Bildungssparkomponente beziehungsweise eine private Altersvorsorge zu erweitern. Der Gesetzentwurf sieht die Aufstockung des Betreuungsgeldes um monatlich 15 Euro vor, wenn die Bezieher es sich nicht bar auszahlen lassen, sondern für eine private Altersvorsorge oder für ein Studium beziehungsweise Ausbildung ihres Kindes ansparen und in eine entsprechende Versicherung investieren.
- Wir fragen die Landesregierung:
1. Welche Haltung hat die Landesregierung grundsätzlich zum Betreuungsgeld?
  2. Wie schätzt die Landesregierung das genannte Vorhaben ein?
  3. Was würde die Regelung für Eltern bedeuten, deren Kinder eine Kindertageseinrichtung besuchen?
- 6. Abgeordnete**  
**Christian Baldauf und**  
**Dr. Norbert Mittrücker**  
 (CDU)
- Trennung privater und dienstlicher Angelegenheiten im Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung**
- Wir fragen die Landesregierung:
1. Treffen Medienberichte (General Anzeiger vom 29. Mai 2013, Mainzer Rhein-Zeitung vom 31. Mai 2013) zu, nach denen im Büro der Ministerin für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung der Entwurf einer Resolution für ihren Heimatort erarbeitet und von dort an kommunale Verwaltungen versendet wurde?
  2. Auf wessen Veranlassung ist dies ggf. erfolgt?
  3. Gibt es ggf. weitere Fälle, in denen über das Ministerium Papiere an andere staatliche Stellen verschickt wurden, die keine fachliche Empfehlung darstellten und keinen offiziellen Charakter hatten?

**7. Abgeordnete****Stephanie Nabinger**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**Wiederanfahren der Atomkraftwerke Tihange 2 und Doel 3**

Am 2. Juni 2013 plant die GDF Suez, die belgischen Reaktoren Tihange 2 und Doel 3 wieder anzufahren. Diese wurden im August 2012 von der belgischen Atomaufsichtsbehörde „Agence Fédérale de Contrôle Nucléaire (AFCN)“ heruntergefahren, nachdem man bei Routinekontrollen tausende kleine Risse in den Reaktorbehältern entdeckt hatte.

Daher frage ich die Landesregierung:

1. Wurde die Landesregierung von den belgischen Behörden über diesen Schritt informiert?
2. Wie bewertet die Landesregierung die nachgewiesenen Mängel im Material der Druckbehälter und deren Auswirkung auf die Sicherheit der Atomkraftwerke?
3. Liegen der Landesregierung kritische Gutachten bezüglich der Sicherheit dieser beiden Reaktoren vor?
4. Hat die Landesregierung Kenntnis darüber, ob sich die Bundesregierung mit der belgischen Regierung in dieser Angelegenheit in Verbindung gesetzt hat?

**8. Abgeordnete****Margit Mohr und**  
**Jens Guth (SPD)****Frühsommerbericht 2013 der IHK-Arbeitsgemeinschaft Rheinland-Pfalz**

Die rheinland-pfälzischen Industrie- und Handelskammern (IHKs) haben ihre Mitgliedsunternehmen wieder zur aktuellen Geschäftslage und zu ihren Erwartungen für die Zukunft befragt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche zentralen Ergebnisse hat der Frühsommerbericht 2013?
2. Welche Schlussfolgerungen zieht die Landesregierung aus dem Bericht der Industrie- und Handelskammern?
3. Wie schätzt die Landesregierung allgemein die konjunkturelle Entwicklung der rheinland-pfälzischen Wirtschaft für 2013 ein?

**9. Abgeordnete****Arnold Schmitt und**  
**Alexander Licht (CDU)****Aktuelle Pläne der Landesregierung zur Einrichtung eines Nationalparks**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Warum will die Landesregierung keine Bürgerbefragung zur Einrichtung eines Nationalparks durchführen?
2. Ist die finanzielle Dauerbelastung durch einen Nationalpark für das Land angesichts der aktuellen Haushaltssituation des Landes nicht unverantwortbar?
3. Inwieweit sind die Belastungen durch einen Nationalpark für die Forstverwaltung angesichts deren aktueller Situation zu tragen?
4. Inwieweit sind die Nachteile für die Holzwirtschaft durch einen Nationalpark vor dem Hintergrund deren aktueller Kritik an der Einrichtung eines Nationalparks zu rechtfertigen?

**10. Abgeordnete****Hedi Thelen und**  
**Dr. Peter Enders (CDU)****Folgen einer Bürgerversicherung für ärztliche Versorgung und Patientensituation in Rheinland-Pfalz**

In aktuellen Meldungen des NAV-Virchow-Bundes wird darauf hingewiesen, dass jetzt vorliegende Studien die negativen Folgen und den fehlenden Nutzen einer Bürgerversicherung für ärztliche Versorgung und Patientensituation belegen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Inwieweit sichert die private Krankenversicherung gegenwärtig Finanzierung und Funktion des Gesundheitssystems in Rheinland-Pfalz?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Folgen einer Bürgerversicherung für die ärztliche Versorgung in Rheinland-Pfalz vor dem Hintergrund, dass aktuelle Studien des PVS-Verbandes mit massiven Umsatzverlusten der niedergelassenen Ärzte aller Fachgruppen bei Einführung einer Bürgerversicherung rechnen?
3. Wie beurteilt die Landesregierung den Vorteil einer Bürgerversicherung für Patientinnen und Patienten in Rheinland-Pfalz vor dem Hintergrund, dass eine aktuelle Studie des Wissenschaftlichen Instituts der privaten Krankenversicherung ein Hauptargument der Befürworter einer Bürgerversicherung widerlegt und zu dem Ergebnis kommt, dass es in Deutschland kein Wartezeitenproblem aufgrund einer sog. Zwei-Klassen-Medizin gibt?

**11. Abgeordnete****Jutta Blatzheim-Roegler  
und Andreas Hartenfels  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Verwertung biologisch/organischer Stoffe in Rheinland-Pfalz**

Im Rahmen der aktuellen parlamentarischen Beratungen zum Landeskreislaufwirtschaftsgesetz sind Fragen zur Verwertung biologisch/organischer Stoffe in Rheinland-Pfalz in der sogenannten „Bio-Tonne“ aufgekommen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. In welcher Form werden von den rheinland-pfälzischen Gebietskörperschaften zurzeit organisch/biologische Reststoffe eingesammelt und verwertet?
2. Welche Gebietskörperschaften führen organisch/biologische Reststoffe zurzeit keiner Verwertung zu und aus welchen Gründen?
3. Bis wann müssen diese Gebietskörperschaften ihre organisch/biologischen Reststoffe einer Verwertung zuführen und wie weit sind hier die konzeptionellen Überlegungen vorgeschritten?
4. Auf welche Art und Weise unterstützt die Landesregierung die Kommunen bei der Entwicklung von Stoffstrommanagementkonzepten für die Bioabfallfraktion?

**12. Abgeordneter****Dr. Peter Enders (CDU)****Tag der Organspende 1. Juni 2013**

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Situation von Organspende und Organtransplantation in Rheinland-Pfalz vor dem Hintergrund der Entwicklung der Zahl der Organspender und der Organtransplantationen?
2. Wie will die Landesregierung nachhaltiges Vertrauen in Organspende und Organtransplantation aufbauen?
3. Wie will die Landesregierung darauf hinwirken, dass die Zielquote von 20 Organspendern je Million Einwohner im Jahr erreicht wird?
4. Welchen Handlungsbedarf sieht die Landesregierung zur Weiterentwicklung der Kooperationsvereinbarung zur Förderung von Organspende und Organtransplantation?

**13. Abgeordnete****Martin Brandl und  
Guido Ernst (CDU)****Cybermobbing bei Schülerinnen und Schülern in Rheinland-Pfalz**

Gemäß der Studie „Cyberlife – Spannungsfeld zwischen Faszination und Gefahr“ vom Mai 2013 stellt das Problem Cybermobbing in Schulen ein flächendeckendes Phänomen dar.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über das Ausmaß von Cybermobbing an rheinland-pfälzischen Schulen?
2. Inwiefern ist das Thema Cybermobbing an Schulen in das Konzept zur Ausweitung IT-gestützten Unterrichts integriert?
3. Welche Unterstützung bietet die Landesregierung den Schulen an, um dem Problem des Cybermobbings zu begegnen?
4. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um dem Problem des Cybermobbings zu begegnen?

**14. Abgeordnete****Pia Schellhammer**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**Verteilaktion der „Schulhof-CD“ in Rheinland-Pfalz**

Wiederholt verteilt die „JN Rheinland & Pfalz“ (Jugendorganisation der NPD) die „Schulhof-CD JN Rheinland & Pfalz – Aktivismus – Bildung – Gemeinschaft“ an Schulen in Rheinland-Pfalz.

Aufgrund eines Antrags durch das Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz wurde diese CD von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) am 30. April 2013 als jugendgefährdend eingestuft und die CD als indiziert aufgenommen. Damit unterliegt die Schulhof-CD der Verbreitungs- und Werbebeschränkung des § 15 Jugendschutzgesetz (JuSchG). Eine Verteilung an Kinder und Jugendliche stellt eine Straftat gem. § 27 Abs. 1 JuSchG dar.

Die LandesschülerInnen-Vertretung (LSV) und das Netzwerk für Demokratie und Courage Rheinland-Pfalz (NDC) haben mit der Aktion „Brauner Müll in die Tonnel!“ auf die Aktivitäten der JN aufmerksam gemacht und dazu aufgerufen, bei Verteilaktionen an Schulen umgehend Lehrkräfte, Ordnungsamt und Polizei zu informieren.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele Fälle von Verteilaktionen der „Schulhof-CD“ der „JN Rheinland & Pfalz“ oder ähnlichen Organisationen sind der Landesregierung aus den vergangenen fünf Jahren bisher bekannt?
2. Wie sind diese regional verteilt?
3. Wie wird vor Ort von Seiten der Schule, des Ordnungsamts bzw. der Polizei auf diese Aktionen reagiert?
4. Wie bewertet die Landesregierung die Wirkung der „Schulhof-CD“ als Propaganda-Instrument rechtsextremer Gruppierungen gegenüber Kindern und Jugendlichen?

**15. Abgeordneter****Marcus Klein (CDU)****Belastung durch Helikopterlärm in Landstuhl – Ergebnisse der USA-Reise des Ministers**

Laut Pressebericht vom Mai 2013 hat der Innenminister in einer Stellungnahme nach seiner USA-Reise in Bezug auf die Lärmbelastung um den Landstuhler Kirchberg einen Zusammenhang zwischen der geplanten Verlegung des Hospitals und dem Lärmempfinden der Bevölkerung hergestellt.

Hierzu frage ich die Landesregierung:

1. Welche Gespräche und Gesprächsergebnisse konnte der Minister während seiner USA-Reise in Bezug auf die Lärmbelastungen durch die Helikopterstaffel am Landstuhler Kirchberg führen bzw. erzielen?
2. Inwiefern war der vermutete Zusammenhang zwischen Lärmempfinden und Verlagerungsplänen Gegenstand oder Ergebnis der Gespräche des Ministers?
3. Inwieweit beeinflusst die geäußerte Einschätzung des Ministers die Bemühungen der Landesregierung um eine Lärmentlastung der Bevölkerung oder handelt es sich dabei um seine private Meinung?

16. Abgeordnete  
Simone Huth-Haage und  
Matthias Lammert (CDU)

**Salafistische Prediger beim Mainzer Arab-Nil-Rhein-Verein und Ermittlungen wegen eines Anschlags auf die Räume des Vereins**

Seitens der Landesregierung – konkret durch das Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur und das Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen – wurden in diesem Zusammenhang unterschiedliche Stellungnahmen abgegeben.

Auf eine Anfrage des Deutschlandradios am 29. April 2013 hieß es:

„Auf der Vereinshomepage fand sich über Jahre hinweg ein Link zu Yusuf al-Qaradawi (...), eine ideologische Leitfigur der Muslimbruderschaft. Zu den Eckpunkten seines Denkens gehört die Einheit von Religion und Politik, was sich konkret in seiner Forderung nach Anwendung der Scharia-Bestimmungen äußert.“

Demgegenüber hieß es in einer Pressemeldung vom 14. Mai 2013:

„Die Moscheegemeinde schafft Transparenz und distanziert sich von fundamentalistischen Äußerungen Al Arifis. Und sie engagiert sich dafür, die ihr in der Kita anvertrauten Kinder gemäß dem hohen pädagogischen Standard unserer rheinland-pfälzischen Bildungs- und Erziehungsempfehlungen zu erziehen.“

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie erklären sich die unterschiedlichen Bewertungen des Auftretens salafistischer Prediger beim Mainzer Arab-Nil-Rhein-Verein durch das Jugend- und das Innenministerium?
2. Seit wann hatten die zuständigen Ministerien Kenntnis vom Auftreten der salafistischen Prediger, welche Schritte wurden daraufhin von ihnen eingeleitet und welche Konsequenzen hat dies ggf. für den Verein als Träger einer Kindertagesstätte?